

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Edl. Staatsb. Dresden  
Verl. der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, K. G., Dresden.  
Gedruckt von K. G. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Gehalt letzter Genannten, bei der Bezahler der Dresdner Volkszeitung seinen Gehalt auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abbestellungspreis: Einzelheft 10 Pfennig, 10 Hefte 1 Mark, 100 Hefte 10 Mark, 1 Jahr 100 Mark, 6 Monate 50 Mark, 3 Monate 25 Mark, 15 Hefte 1 Mark, 10 Hefte 70 Pfennig, 5 Hefte 35 Pfennig, 3 Hefte 20 Pfennig, 2 Hefte 12 Pfennig, 1 Heft 6 Pfennig, 10 Hefte 1 Mark, 100 Hefte 10 Mark, 1 Jahr 100 Mark, 6 Monate 50 Mark, 3 Monate 25 Mark, 15 Hefte 1 Mark, 10 Hefte 70 Pfennig, 5 Hefte 35 Pfennig, 3 Hefte 20 Pfennig, 2 Hefte 12 Pfennig, 1 Heft 6 Pfennig, 10 Hefte 1 Mark, 100 Hefte 10 Mark, 1 Jahr 100 Mark, 6 Monate 50 Mark, 3 Monate 25 Mark, 15 Hefte 1 Mark, 10 Hefte 70 Pfennig, 5 Hefte 35 Pfennig, 3 Hefte 20 Pfennig, 2 Hefte 12 Pfennig, 1 Heft 6 Pfennig.

Schiffverleger: Wettinerplatz 10, Gertrudenhof Nr. 5761, Dresden  
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsamt: Wettinerplatz 10, Gertrudenhof Nr. 5761 und 13707  
Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abbestellungspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareille  
größe 10 Pfennig, die 30 mm breite Melangegröße 20 Pfennig, für auswärts  
Anzeigen 10 Pfennig und 20 Pfennig, Familienanzeigen, Stellen und Miets-  
angebote 40 Pfennig, Rabatt für Kleinverlegerung 10 Pfennig.

Nr. 170

Dresden, Montag den 23. Juli 1928

39. Jahrg.

## Streit um das Sängersfest

Französische Stimmen gegen das Wiener Sängersfest

S. Paris, 21. Juli. (Fig. Drahtber.) Das gegenwärtig in Wien vor sich gehende und von rund 1000 aus- und inländischen Sängern besetzte Sängersfest gibt der Anschlussbewegung zu einer scharfen Polemik gegen die Anschlussbewegung. Das Blatt schließt seine Verurteilungen mit der Feststellung, alle Wächter seien zu größter Aufmerksamkeit verpflichtet, damit nicht durch die Bildung eines mächtigen deutschen Volks eine neue deutsche Hegemonie in Mitteleuropa sich zu bilden vermöge. Die ganze Anschlussbewegung ist in Wahrheit gegen den europäischen Frieden gerichtet. Durch den Anschluss würden wieder Fragen aufgeworfen, die man nach den Frieden der Alliierten als endgültig gelöst hätte betrachten können. Aber weder die Italiener noch die Kleine Entente werden jemals ihre Zustimmung zu einem Anschluss Österreichs in Deutschland geben.

S. Paris, 23. Juli. (Fig. Drahtber.) Das Wiener Sängersfest in der Pariser Presse immer schärfer hervorgehoben. Der Zeitungsbericht spricht heute von einer förmlichen deutschen Invasion nach Wien, die einer Generalprobe zur endgültigen Annexion Österreichs gleichkomme. Die ganze Anschlussbewegung, behauptet das Blatt weiter, sei eine künstlich hochgezogene panzerne Angelegenheit. Die Österreichler hätten seitdem bei dem noch langweiligen Demonstrationen genug ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Anschlussbewegung gezeigt. Die österreichische Regierung habe sich vollkommen ferngehalten, und die Wiener Bevölkerung habe kaum geflagelt. Was aber auch in der Wiener Presse fälschlich Entzückung hervorruft, ist die Tatsache, daß an solchen Demonstrationen eine besondere Saargruppe teilnahm und daß an die Südtiroler Vereine durch eine große Rede im Zuge erinnert wurde. Das Oeuvre bemerkt dazu, wenn die

übrigen Völker den gleichen annexionsistischen Geist zeigen würden wie Deutschland, dann würde die Welt notwendigerweise wieder zu dem alten Bündnisystem der Vorkriegszeit zurückkehren müssen. Der nationalistiche Venetier fordert angesichts der Tatsache, daß durch die Anschlussbewegung der europäische Friede täglich bedroht würde, daß die Alliierten und die Kleine Entente offiziellen Einspruch in Berlin unternehmen.

### Nationalistische Übertreibungen

D. Berlin, 23. Juli. (Fig. Drahtber.) Die Behauptung der Pariser Nationalistenpresse, daß die deutsche Sozialdemokratie sich am Deutschen Sängersfest in Wien beteiligt habe, ist natürlich unrichtig. Weder die deutsche noch die österreichische Sozialdemokratie hat mit der Annexion der bürgerlichen Befreiungsbewegungen in Wien etwas zu tun.

Reichstagsabgeordneter Rade ist Vorsitzender des Deutsch-österreichischen Volksbundes und Oberbürgermeister. Seit war als Vertreter der Stadt Wien am Fest beteiligt. Alle französischen Behauptungen, die darüber hinausgehen, sind nichts als unbegründete nationalistiche Rache.

### Anschlusskundgebung

Aus Wien wird uns gemeldet: Die am Sonntagabend in der Sängershalle veranstaltete Nischenaufführung gestaltete sich zu einer großen Anschlusskundgebung. In der Halle waren ungefähr 300 000 Personen anwesend. Der Präsident des Deutschen Sängerbundes Dr. Licht erklärte u. a., alle deutschen Sänger und die Wiener Sänger seien in dem Wunsche einig, daß das deutsche Volk bald zu einem einzigen großen Volk vereinigt werde.

## Moskaus Kampfanfrage

Die aufgewärmte Parole von der Weltrevolution

D. Der Weltkongress der kommunistischen Internationalen in Moskau ist, wie wir schon berichteten, mit einer scharfen Kampfanfrage gegen die Sozialdemokratie eröffnet worden. In seinem Referat über die Weltlage führte Bukharin aus:

Die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie ist die Orientierungslinie der Komintern. Je schärfer der Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer wird, um so energischer muß die Eroberung der sozialdemokratischen Massen betrieben werden.

Wir nehmen diese Kampfanfrage zur Kenntnis, wir hoffen nichts anderes erwartet. Am Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kommunisten ändert sich dadurch nichts. Wir sind Moskauer Kampfanfragen ebenso gewohnt wie den Einheitsfrontschwänkel, der in noch größerem Maßstab namentlich in den Gewerkschaften nun wieder aufgeworfen werden soll. Wir werden dadurch weder in unserm Wege beirrt, noch in unserer Stärke beeinträchtigt.

Die andre Frage ist: Warum diese verschärfte Kampfanfrage? Bukharin begründet sie mit den folgenden Sätzen: Die kapitalistische Stabilisierung zieht auch die Stabilisierung der Sozialdemokratie nach sich. Sie stellt heute eine bewusste aktive Hilfskraft des kapitalistischen Aufbaues und der kapitalistischen Ordnung sowie der imperialistischen Weltanarchie in der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion dar. In diesem Satz und in der grotesken Verdrängung der Stellung und der Wirksamkeit der deutschen Sozialdemokratie liegt der große Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und bolschewistischer Politik. Die Parole der Sozialdemokratie heißt: Stetig vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus. In der Epoche, in der die Staatsorganisation neben dem in Trübs und Kartellen organisierten Kapitalismus steht, erblickt sie ihre Aufgabe darin, die gegenseitige Durchdringung von Staat und Wirtschaft positiv zu gestalten, die kapitalistisch organisierte Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Die Voraussetzung dazu ist die Sicherung und Stärkung des demokratischen Staates und seine Erhaltung durch die organisierte Arbeiterschaft.

Demgegenüber verharrt die bolschewistische Politik und Ideologie auf dem Standpunkt einer romantischen Katastrophenlehre. Sie vermag nur schematisch in großen Querschnitten zu denken und die realen Wege der Entwicklung nicht zu erkennen. Sie ist nicht sozialistische Aufbaumethode, sie ist eine Theorie der reinen Katastrophe, der Weltrevolution. Nicht die Durchdringung von Staat und Wirtschaft ist ihr Ziel, sondern die Zerschlagung. Die soziale Revolution ist für sie nicht ein Prozeß, sondern ein einmaliges Ereignis. Sie harret und hofft darauf wie auf ein Wunder.

Einer Wunderglaube ist der Kern der programmativen Aussagen von Bukharin auf dem Moskauer Kongress. Was er aber, das er erwartet, ist — der Krieg. Seine Fehler sind eine Mischung aus wirtschaftlicher und politischer Inkonsistenztheorie, die in dem alten bekannten bolschewistischen Schema gipfeln: Wachstum des Kapitalismus, Kräfte Weltrevolution, wobei eines mit Naturnotwendigkeit auf das andre folgt.

Wir sind es längst gewohnt, wenn aus Moskau der Aufbruch der Weltrevolution, die Frage: 3. stellen, welche Interessen der russischen Politik sich hinter diesem Aufbruch verbergen. Die Wiederauffrischung der Theorie des Bukharins durch Bukharin ist aus der gegenwärtigen Krise des bolschewistischen Systems geboren. Das Bündnis zwischen Arbeiter- und Bauern ist längst zu einem Auspielen Leuder Klassen gegeneinander durch die herrschende Volkswirtschaft geworden. Jetzt, wo die Ernährungsnot die Diktatur erzwingt, die Interessen der Bauern vor die Interessen der Arbeiter zu stellen, sucht die russische Politik ihre Ausflucht in der Masche der Weltrevolution. Sie glaubt an den kommenden Krieg, weil sie auf die Weltrevolution hofft.

Insgeheim ist die Erneuerung der weltrevolutionären Mission bestimmt, den kommunistischen Parteien außerhalb Russlands einen ideologischen Haltepunkt zu geben. Die deutsche kommunistische Partei hat in der Praxis längst die weltrevolutionären Missionen über Bord geworfen. Sie ist heute ihrem Wesen nach parlamentarische Oppositionspartei, die einmal nicht mehr an die Weltrevolution glaubt, andererseits aber den Weg praktischer Politik nicht betreten will. Sie ist ohne Willkür, ohne reale Zielsetzung. Der Wunderglaube muß heides ersetzen.

Die Propaganda Bukharins wird in noch vergrößerter Form nun in der kommunistischen Propaganda wieder aufrechterhalten. Je mehr aber die deutschen Kommunisten die weltrevolutionäre Propaganda gebrauchen werden, ohne doch den Glauben an die Realität der Weltrevolution zu besitzen, um so mehr werden sie dem politischen Starckampf einer Partei ohne Zukunft verfallen.

Beil wir diese Zusammenhänge klar sehen, erblicken wir in der verschärfte Kampfanfrage Moskaus nicht ein Zeichen der Stärke, sondern vielmehr ein Zeichen der Schwäche und der Verlegenheit, einen Beweis dafür, daß der Kommunismus in internationalem Maßstab sich in der Sadgasse befindet. Mit um so größerer Entschiedenheit werden wir den Kampf um die Köpfe und Herzen der kommunistischen Arbeiter führen!

### Der Sieg der Bauern

S. Aus einer nach dem Vortrag eines sowjetrussischen Regierungsmitgliedes von der ukrainischen kommunistischen Partei angenommenen Resolution ergibt sich, daß man auch in Moskau mit einer Erhöhung der Brotpreise durch die veränderte Politik gegenüber den Bauern rechnen. Die von der Regierung angeordneten Erhöhungen der Einkaufspreise für Getreide sind in allen Gouvernementen verschieden, bewegen sich aber bei Weitem bis zu 20 Prozent und liegen bei Roggen teilweise über 20 Prozent. Die Verteuerung des Brotes wird natürlich eine Erhöhung der Löhne unummeidlich machen, damit die Produktionskosten der Staatsindustrie weiter erhöhen und die Ausgaben, die Verforgung der Bauern mit Industrieprodukten zu verringern, weiter verschlechtern. Die neue Bauernpolitik Russlands kann damit zwar die politischen Schwierigkeiten etwas verringern, die wirtschaftliche Gesamtsituation dürfte aber kaum verbessert werden.

## Neue Inflation?

Wirkung kommunistischer Steuerforderungen

Von Paul Herz, M. d. R.

Die Kommunisten haben den Reichstag mit einem Bündel von Steueranträgen bealicht, durch die das ganze deutsche Steuerwesen von Grund auf verändert würde. Die Anträge sind ein glänzender Beweis für die Nutzenkenntnis und die Gewissenlosigkeit, zu der die Kommunisten durch ihre rein agitatorische Auffassung bei jeder Gelegenheit getrieben werden. Sie sind ohne jede Rücksicht auf ihre finanzpolitische und wirtschaftspolitische Wirkung abgefaßt worden und stellen sich zweierlei Ziele. Der eine Teil der Anträge wünscht die vollständige Aufhebung der sogenannten Massensteuern, der andere Teil eine überaus scharfe Erhöhung der Besitzsteuern.

Da das deutsche Steuerwesen höchst unsozial ist und den Massenverbrauch und das Arbeitseinkommen der unteren Volksschichten viel härter belastet als die großen Vermögen, Erbschaften und Einkommen, so ist gegen die Tendenz einer steuerlichen Entlastung der unteren Volksschichten nicht das geringste einzumenden. Im Gegenteil: sie muß erstrebt werden. Die kommunistischen Anträge aber scheinen so weit über das Ziel hinaus, daß ihre Annahme keinen Vorteil für die Massen des Volkes bedeuten würde, sondern die schlimmsten Gefahren heraufbeschwören würden. Die öffentlichen Finanzen würden nämlich unheilvoll gerettet werden. Die sozialen Ausgaben würden abgebaut werden. Für den Wohnungsbau wären keine öffentlichen Mittel mehr verfügbar. Die Löhne für lebensnotwendige Bedürfnisse wie Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehr müßten erheblich erhöht werden, und dennoch würde ein so großer Fehlbetrag verbleiben, daß eine neue Inflation die unvermeidbare Folge wäre.

Die kommunistischen Anträge zur Wulderung der Massenbelastung sehen vor: die Aufhebung der Lohnsteuer, der Zölle, der Tabaksteuer, der Zuckersteuer, der Biersteuer, der Umsatzsteuer, der Hauszinssteuer, der Steuer auf Grundbesitz, Leuchtmittel und Spielkarten. Alle wichtigeren Steuern sollen also ohne jede Einschränkung völlig aufgehoben werden. Die Annahme dieser kommunistischen Anträge würde einen Ausfall von rund 5700 Millionen Mark hervorrufen. Rund zwei Drittel aller Steuereinnahmen des Reiches sollen also mit einem Schlage beseitigt werden. Daß das eine Unmöglichkeit ist, sehen natürlich selbst die Kommunisten ein. Sie schlagen deshalb eine Erhöhung der Besitzsteuern vor, und zwar der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und der Kapitalverkehrssteuer. Aber selbst hierdurch würde sich gütigstenfalls eine Mehreinnahme von vier Milliarden Mark erzielen lassen, so daß immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 1600 Millionen Mark verbleiben würde.

In Wirklichkeit wäre dieser Fehlbetrag wesentlich höher. Denn die vorgeschlagenen Steuererhöhungen könnten bestenfalls nur im ersten Jahre die errechneten Mehreinnahmen einbringen. Steuererhöhungen, wie sie die Kommunisten vorschlagen, würden bei tatsächlicher Durchführung die Erträge der Steuern von Jahr zu Jahr vermindern. So beantragten sie z. B., daß alle Einkommen über 100 000 M. vollkommen weggesteuert werden sollen, daß Einkommen bis zu 100 000 M. einem Steuerfuß von 65 Prozent unterliegen, so daß praktisch nur noch Einkommen bis zu 35 000 M. bestehen würden. Bei der Vermögenssteuer soll der Steuerfuß fast so hoch sein wie der Ertrag, den ein Vermögen abwirft. Beide Maßnahmen allein würden also genügen, um jede Neubildung von Vermögen zu verhindern, die Einkommen wesentlich herabzudrücken und den Ertrag der Besteuerung fortlaufend zu vermindern. Durch die Erbschaftsteuer würde diese Entwicklung noch verschärft und beschleunigt werden. Daher wäre damit zu rechnen, daß der Ertrag der erhöhten Besitzsteuern nur im ersten Jahre 4 Milliarden ausmacht, in jedem weiteren Jahre aber um etwa eine Milliarde sinkt und in einigen Jahren überhaupt kein Mehretrag mehr zu erwarten ist.

Zeigt das bereits die bodenlose Gewissenlosigkeit der kommunistischen Anträge und die ungeheuren Gefahren, die für das ganze Wirtschaftsleben, insbesondere aber für die Arbeiterklasse entstehen, so braucht man nur noch daran zu denken, daß solche konfiskatorischen Absichten die Kapitalflucht und die Steuerhinterziehung ungemein wachsen lassen würden, um die Unmöglichkeit dieses kommunistischen Steuerzerstörungsprogramms zu erkennen. Lediglich eine Gruppe von Kapitalisten wird von den Kommunisten mit auffällender Schonung behandelt. Das sind die Körperschaften, also die großen Aktiengesellschaften, die von dem Trustkapital beherrscht werden. Während die Kommunisten bei den Privatpersonen jedes Einkommen über 35 000 M. wegsteuern wollen, wird den Körperschaften nur eine mäßige Erhöhung ihrer gegenwärtigen Steuerbelastung zugemutet. Gegenwärtig beträgt die Körperschaftsteuer 20 Prozent des Gesamtgewinnes. Die Kommunisten wollen diesen Steuerfuß nur auf 25 Pro-